

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 109 (2015)
Heft: 6

Artikel: Russland : welche Vergangenheit, welche Zukunft? : Interview
Autor: Hui, Matthias / Dzhibladze, Yuri
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-632207>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Russland: Welche Vergangenheit, welche Zukunft?

Ein Gespräch mit einem russischen Menschenrechtsaktivisten über den Umgang mit der sowjetischen Vergangenheit, zivilgesellschaftliche Aufbrüche, westliche Interessen und die Machtpolitik Putins

Russland,
die Ukraine und
der Westen

Menschenrechtler in Russland wird man nicht von einem Tag auf den andern. Wie nahm dein Leben diese Richtung?

Meine beiden Eltern waren Ärzte in Moskau und gehörten zur Intelligenzija. Meine Eltern standen dem System kritisch gegenüber. Mitglieder der Familie meiner Mutter hatten unter der Repression gewaltig gelitten. Trotz alledem hielt meine Mutter idealistische Vorstellungen aufrecht – wie viele RussInnen: Sie sah den Kommunismus als eine ursprünglich gute Idee sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit, die dann von den Bolschewiken und vor allem von Stalin ruiniert worden ist. Erst mit der Lektüre und den Diskussionen in der Perestrojka-Zeit änderten sich ihre Vorstellungen, und sie sah, dass es sich weitgehend um ein kriminelles System gehandelt hatte.

Wie traf die Repression ihre Familie?

Mein Grossvater ist Anfang 1938 – in den Jahren des Grossen Terrors – hingerichtet worden. Seine Familie wurde nach seiner Festnahme informiert, dass er zu zehn Jahren Haft ohne Recht auf Korrespondenz verurteilt wurde. 1943, während des Krieges, erhielten sie die Nachricht, dass er an Tuberkulose gestorben sei. Erst in der Chruschtschow-Ära wurde bekannt, dass ein solches Verdikt eine Verschleierung der Todesstrafe war. Meine Grossmutter glaubte bis an ihr Lebensende, dass ihr Mann irgendwo am Leben sein müsse.

Die Familie litt sehr, auch weil Angehörige eines «Staatsfeindes» vielen Diskriminierungen ausgesetzt waren, etwa bei der Zuteilung von Wohnraum. Meine Grossmutter musste sehr hart arbeiten, um ihre drei Kinder durchzubringen, erst recht in den Kriegsjahren. Meine Mutter schaffte es trotzdem, ein Medizinstudium aufzunehmen. Sie wurde Genetikerin. Unter Chruschtschow Ende der fünfziger Jahre wurde die Genetik aber als bürgerliche Wissenschaft abgestempelt; ÄrztInnen wie sie verloren für eine Zeitlang ihre Arbeit.

Und trotzdem behielt sie einen gewissen Glauben an den Kommunismus. Hast du von diesen Idealen noch etwas geerbt?

Nicht unbedingt das Ideal des Kommunismus. Aber die Vorstellung, dass die Gesellschaft sich um ihre einzelnen Glieder kümmern muss, dass es um soziale Gerechtigkeit und menschliche Würde geht.

Was zeichnete deine Familie aus?

Beide Eltern waren auch in der Forschung tätig und konnten so, oft unter Schwierigkeiten, bereits in den siebziger Jahren ins Ausland reisen. Wir hatten viele Bücher zuhause, auch Samisdat.

sehen sieht das nicht sehr mutig aus. Wir entwichen bei Kongressen unseren offiziellen KGB-Aufpassern und trafen dann spät nachts Mitglieder westlicher Delegationen. An der Fakultät war ich zuständig für Beziehungen zu ausländischen Studierenden. Das machte Spass. Ich lernte Fragestellungen anderer kennen, zum Beispiel von PalästinenserInnen. Ich war für die Wandzeitung zuständig. Wenn man ein paar Formalitäten beachtete – auf jeder Wandzeitung hatte zu stehen: «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» –, war einiges möglich. Das System war bereits geschwächt. Der Koloss stand auf tönernen Füßen.



Yuri Dzhibladze,
Menschenrechtler aus
Moskau. Bild: OSZE

Meine Mutter sagte uns: «Zuhause könnt ihr über alles sprechen, aber wagt das nicht ausserhalb.» Wir genossen überdies eine gute Bildung an einer Schule, wo wir schon ab der zweiten Klasse Fremdsprachen erlernen konnten.

Wie wurdest du politisch aktiv?

Ich kannte keine Dissidenten. Ich engagierte mich als Medizinstudent in den frühen achtziger Jahren für Frieden und interkulturellen Dialog. Schon vor der Perestroika wollte ich direkte Kontakte zu Menschen im Westen herstellen. Wir nutzten dafür den offiziellen Dachverband der Freundschaftsgesellschaften mit anderen Ländern. Von heute aus ge-

Was für einen Einschnitt bedeutete die Perestroika in deinem Leben?

Gorbatschow entschied sich 1987 für weitere Öffnungen, für Glasnost und tatsächliche Schritte der Demokratisierung. Im Frühjahr 1987 brachte eine internationale Konferenz WissenschaftlerInnen für den Frieden zusammen – weit über kommunistische Kreise hinaus, Sacharow war mit von der Partie. Ich arbeitete dort als Übersetzer und erfuhr, dass auch die Ärztinnen und Ärzte zur Verhütung des Atomkriegs (IPPNW) ihren Weltkongress in Moskau abhalten würden. Ich wurde Mitglied des sowjetischen Komitees, jemand musste das Jugendprogramm organisieren. Hier wa-

ren offene Diskussionen möglich – über die Entstehung von Feindbildern, über die Abschaffung des Atomwaffenarsenals. Ich organisierte auch Rockkonzerte von bislang eher im Untergrund aktiven Musikern wie der Legende Viktor Tsoi.

Pflegtest du selber Kontakte ins Ausland?

Zusammen mit US-amerikanischen Freunden lancierten wir im Rahmen der IPPNW eine neue Initiative unter dem Symbol der Friedens- und Brieftaube: Wir wollten uns gegenseitig Informationen über den Alltag in unseren Ländern zugänglich machen. Und wir organisierten Debatten, zum Beispiel über Gegenüberstellungen von Militär- und Sozialausgaben. Die Arbeit hatte einen ökologischen Aspekt, wir waren geprägt von Tschernobyl 1986. Wir wollten jetzt Methoden des Handelns von unten aufzeigen: Wie konnte die Gesellschaft in der Tradition des gewaltfreien Widerstandes verändert werden? Es gab nun Möglichkeiten, Materialien zu drucken. Es waren bewegte Zeiten, jede Woche veränderte sich das Leben.

Zum Guten?

Mein spezielles Interesse galt der interkulturellen Arbeit, da nun mit dem beginnenden Kollaps der Sowjetunion Konflikte sichtbar wurden: in Berg Karabach, Transnistrien, in Zentralasien, ein Stück weit auch in den baltischen Staaten. Wie konnten grundlegende Veränderungen und Demokratisierung bewerkstelligt werden ohne Hass und «ethnische» Feindschaften? Ich reiste in die Konfliktgebiete. So gelangte ich langsam, aber sicher zur Menschenrechtsarbeit. 1994 eskalierte der Tschetschenien-Konflikt. Wir wurden in Moskau aktiv, weil wir die verheerenden Auswirkungen dieses Krieges sahen – im Konfliktgebiet, aber eben auch in den Köpfen bei uns. Ich wurde Sekretär des Komitees für Antikriegsaktionen, das politisch sehr breit gefächerte Organisationen

von Syndikalisten bis Liberalen umfasste.

Gab es in auch den letzten Jahren Momente, in denen das Gefühl zurück kam, mit einer politischen Bewegung unmittelbare Veränderungen herbeiführen zu können?

Ja, zwischen Dezember 2011 und Frühjahr 2012 gab es eine kurze Öffnung. Das Gefühl allerdings war anders als in den späten achtziger Jahren, als die Veränderung unaufhaltsam schien.

Uns im Westen ist die Chronologie nicht geläufig. Was geschah 2011?

Die Massenproteste wurden ausgelöst durch enttäuschte Erwartungen. Als Medwedew 2008 zum russischen Präsidenten gewählt wurde, war seine Rhetorik positiv: Er sprach von Freiheit und Transformation. In der Praxis, in Gesetzen und Institutionen gab es zwar kaum Veränderungen, aber in der russischen Tradition bedeuten Signale und Rhetorik viel. Die Gesellschaft konnte wieder atmen. Denn in den Jahren davor, auch als Resultat der orangen Revolution in der Ukraine, welche der russischen Regierung Angst einjagte, gab es grossen Druck auf die Zivilgesellschaft. Die Regierung nutzte auch die Tragödie der Geiselnahme in der Schule von Beslan 2004 aus, um die Fundamente des politischen Systems zu verändern: Die Wahl der Regierung wurde abgeschafft, die Parteiengesetzgebung viel restriktiver, und es entstanden die Gesetze zur Bekämpfung des Extremismus, die nun gegen KritikerInnen aller Couleur angewendet werden konnten.

Nun stellten die Menschen wieder Forderungen. Aber bald kam Frustration darüber auf, dass Medwedew kaum Veränderungen durchsetzte – auch über den Krieg in Georgien. Die Leute hofften auf Durchbrüche in einer zweiten Amtszeit Medwedews. Als im September 2011 der Sesseltausch von Medwedew und Putin öffentlich wurde, empfanden dies

viele als Ohrfeige. Es war eine Demütigung nach vier Jahren der Erwartungen an eine Liberalisierung. Dazu kam die moralische Entrüstung aufgrund der Korruption und des Missbrauchs der Polizeigewalt. Dies wurde dank der minutiösen Arbeit der zivilgesellschaftlichen Organisationen breit bekannt. Ausserdem rüttelten die Auswirkungen der globalen Finanzkrise die Menschen auf: Einkommen und Lebensstandard sanken. Ein entscheidender Faktor war die erstmalige Beobachtung der Parlamentswahlen. Allein in Moskau hatten wir 30 000 unabhängige WahlbeobachterInnen. Sie berichteten über massive Wahlfälschungen. Das war der Tropfen, der das Fass zum Überlaufen brachte. Die Überwindung der Angst spielte eine grosse Rolle. Als der erste Protest am 5. Dezember 2011, dem Tag nach den Parlamentswahlen, nicht die üblichen paar Hundert Menschen zusammenbrachte, sondern mehrere Tausend, und die Polizei sie nicht stoppen konnte, entfaltete sich eine Dynamik: Am 24. Dezember waren 100 000 Menschen auf der Strasse.

Was geschah damals mit der russischen Gesellschaft, dass heute der Eindruck herrscht, jene Stimmung sei sehr weit weg.

Über ein halbes Jahr hinweg nahmen vielleicht zwei Millionen Menschen an den Demonstrationen teil. Das sind viele. Wenn du sie aber mit der Gesamtbevölkerung Russlands von 140 Millionen vergleichst, ist es doch ein kleiner Teil. Unter den Leuten auf der Strasse waren wiederum nur zehn bis fünfzehn Prozent politische AktivistInnen. Die übrigen waren Menschen aus der Mittelklasse, die über die Proteste glücklich waren, solange sie einigermaßen sicher sein konnten, nicht geschlagen zu werden und keine grösseren Opfer bringen zu müssen. Kinder und Ballone prägten das Bild, es waren Feiertage zivilen Ungehorsams. Medwedew und die Führung wurden auf dem falschen Fuss er-

wischt. Deshalb machten sie anfänglich Konzessionen. Aber in der Protestbewegung fehlte eine erfahrene Führung, es gab keine revolutionäre Strategie. Viele Menschen waren nicht bereit, ihren Komfort, ihr Geld – zu dem viele von ihnen unter Putin kamen – aufs Spiel zu setzen.

War damit der Aufbruch zu Ende?

Wir hatten zwar noch Protestdemonstrationen. Und die Präsidentschaftswahlen fanden unter den Augen vieler BeobachterInnen statt. Wahlfälschungen waren nicht mehr so offensichtlich, aber verbreitet. Alternativen zu Putin sah die breite Bevölkerung jedoch nicht mehr. Am Tag vor seiner Amtseinsetzung, am 6. Mai 2012, kam es zu den Ereignissen auf dem Moskauer Bolotnaya Square. Das war ein Wendepunkt. Wir waren wieder 100 000 Menschen. Die Regierung organisierte eine Provokation, viele Menschen wurde an einem engen Ort zusammengepfercht, was zu Gegengewalt und der gewaltsamen Auflösung der Demonstration durch die Polizei führte. 600 Personen wurden verhaftet, einige wurden später zu hohen Strafen verurteilt.

Daraufhin wurden in wenigen Wochen neue Gesetzespakete eingeführt: fundamentale Einschränkungen der Versammlungs- und der Meinungsäusserungsfreiheit, das Gesetz zur Einstufung vieler NGOs als «ausländische Agenten», das LGBT-Propaganda-Gesetz und das Gesetz über Hochverrat und Spionage, die Erweiterung der Antiextremismus-Gesetzgebung etcetera. Nun wurde auch die antiwestliche Rhetorik wieder hochgefahren.

Was war geschehen?

Die Regierung hatte sich entscheidend verändert im Vergleich zur vorherigen unter Medwedew, aber auch im Vergleich zur ersten Phase unter Putin. Nun wurden KritikerInnen als Fünfte Kolonne bezeichnet. Die Situation ver-

schärfte sich rasant bis hin zur kompletten Zerstörung der Unabhängigkeit der Medien: Die Regierung übernahm private Medien und setzte eigene Leute ein, JournalistInnen wurden vor Gericht gebracht, Gesetze zur Restriktion von Internetmedien durchgesetzt, dazu kamen die Repressalien gegen NGOs. Nur vor den Olympischen Spielen machte Putin Konzessionen. Die Quellen für den Reichtum wichtiger Gruppen sollten nicht versiegen. Und Putin wollte Russland als grosse Nation darstellen.

Ende November 2013 begannen die Ereignisse in der Ukraine. Putin konnte aufgrund der Olympischen Spiele nicht unmittelbar reagieren. Aber die Entscheidung, die Krim zu besetzen, wurde noch während der Spiele getroffen.

Kann die Entwicklung in der Ukraine als Ausdruck der innerrussischen Situation verstanden werden? Kreierte oder nutzte Putin diese Situation?

Er organisierte die Dinge natürlich nicht eigenhändig. Der Maidan war da. Menschen waren nicht zufrieden mit der Regierung Janukowitsch. Aber die Reaktion Putins war strategisch. Der Kriegszustand erlaubt eine gewaltige Mobilisierung der Öffentlichkeit. Das ist für uns in Russland das wesentliche Resultat dieses Konflikts. Wir sind nun in einer ganz anderen Phase. Wir sahen schon vorher die Möglichkeit, dass irgendwo ein kleiner Krieg vom Zaun gerissen werden könnte.

Die Ukraine ist der wichtigste Nachbar Russlands, historisch, psychologisch, kulturell. Ökonomisch und von der Bevölkerung her ist sie auch der grösste. Und das Land grenzt an den Westen, an die Nato, an die EU.

Für Putin waren die Niederlage und die Flucht von Janukowitsch sowie die Macht des Maidan ein Schock. Er empfand dies auch als Niederlage Russlands. Die Ukraine drohte in Richtung Westen abzudriften, was seiner Vision eines neuen russischen Reichs völlig entge-

genstand. Putins Regime, ökonomisch korrupt und ineffizient, hängt vom Export von Öl und Gas in den Westen ab, kann aber innenpolitisch nur in einer Atmosphäre der Konfrontation mit äusseren Gegnern bestehen. Die Krim war in Putins Augen diesbezüglich ein grosser Erfolg. Die Besetzung wird zwar legal, aber nicht faktisch bestritten. Putin unterschätzte allerdings den ukrainischen Widerstand und die Antwort des Westens in der Ostukraine. Er sieht keine Möglichkeit, der Ukraine einen demokratischen Übergangsprozess zu erlauben. Sie könnte ein gefährliches Modell einer erfolgreichen postsowjetischen Transition werden.

Politisieren Menschen wie du nicht an der russischen Bevölkerung vorbei? Weshalb unterstützt offenbar eine Mehrheit Putin?

Die Mittelklasse ist verängstigt. Sie fürchtet sich nicht nur davor, Privilegien zu verlieren, sondern auch vor Repression. Zehntausende verlassen das Land. Der Schlüssel zum Verständnis der Veränderungen ist die in der nachsovietischen Zeit noch nie dagewesene Propaganda in den staatlich kontrollierten Medien. Wir konnten uns ein solches Ausmass an vergifteter, aggressiver und raffinierter Propaganda nicht vorstellen. Putin kann nun ernten, was er über ein Jahrzehnt gesät hat: Das Image Russlands als einer Nation, die eine grosse Macht war in Zeiten der Sowjetunion – und dann vom Westen übers Ohr gehauen wurde, als sie in den «schrecklichen» neunziger Jahren Schwäche zeigte. Damit diese Propaganda nicht erlahmt, ist die Schaffung neuer Ängste, neuer Feindbilder notwendig. Deshalb bin ich in Sorge, dass Putin ein nächstes militärisches Abenteuer starten könnte, in Weissrussland, in Kasachstan oder wo auch immer.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse stören solche allfälligen Pläne zum Glück. Die Auswirkungen der Verschleuderung

enormer Ressourcen für den Krieg sind gewaltig. Die Sanktionen tragen ebenfalls zur Krisenstimmung bei. Ausländische Unternehmen schrecken vor Investitionen zurück. Dazu kommt der Fall des Ölpreises. Die Kombination dieser Faktoren führt zu einer sehr schlechten wirtschaftlichen Lage.

Welche Faktoren über die unsichere wirtschaftliche Entwicklung hinaus können die russische Gesellschaft dazu bringen, sich von ihrem autokratischen Präsidenten abzuwenden?

Es geht darum, die Vergangenheit aufzuarbeiten. Wir haben noch keinen solchen Prozess durchgemacht wie die Gesellschaft in Deutschland oder in anderen Ländern. Entstalinisierung ist heute schwieriger, aber immer noch möglich. Denn in die ältere Generationen war die Saat eingepflanzt, dass Russland allmächtig ist. Und dann war alles weg. Viele Menschen bei uns haben nicht die Erfahrung, Teil der zivilisierten Welt zu sein. Sie leben mit dem in den letzten fünfzehn Jahren kultivierten simplen Weltbild, dass es eine erhabene und heilige russische Zivilisation gibt, welche allein traditionelle Werte hochhält. Sie fühlen sich der Dritten Welt, den Schwarzen und den Gelben, überlegen und auch dem durch die Homosexuellen verdorbenen Europa. Das ist natürlich angesichts der Immoralität von Korruption, Machtmissbrauch und verdeckter Kriegsführung heuchlerisch.

In den frühen neunziger Jahren hat es der Westen verpasst, uns bei der Aufarbeitung der Vergangenheit zu unterstützen und gleichzeitig eine sichere wirtschaftliche Perspektive zu schaffen. Heute ist von einem Marshallplan für die Ukraine die Rede; ein solcher wäre auch für Russland relevant gewesen, als man alles der freien Marktwirtschaft überliess, was zu Gesetzlosigkeit und Gewalt führte. Als Zivilgesellschaft hätten wir damals viel breitere Bevölkerungsschichten in die Arbeit für einen

demokratischen Aufbau einbeziehen sollen. Wir hätten uns jenen widmen sollen, bei denen es aufgrund ihrer fremdenfeindlichen und zynischen Einstellungen ungemütlicher ist. Wir überliessen sie der Indoktrination der Regierungen.

So ist die Frage heute vorerst, ob sich eine kritische Masse in den «Eliten» den verheerenden Auswirkungen der imperialistischen, aggressiven, autokratischen, korrupten, nationalistischen, konservativen Entwicklung entgegenstellt. Und nach wie vor erfreuen sich viele RussInnen aus der Mittelklasse an deutschen oder japanischen Autos. Sie sind froh, über Medikamente zu verfügen, wenn ihre Kinder krank sind. Oder sie möchten ab und zu günstig in die Türkei oder nach Ägypten in die Ferien reisen. Viele dieser Menschen wollen ihren in den letzten zehn, fünfzehn Jahren gestiegenen Lebensstandard nicht einer Ideologie oder beispielsweise der Zugehörigkeit der Krim zu Russland opfern.

Du hast Versäumnisse des Westens angesprochen. Geht es nicht um mehr: Um westlichen Triumphalismus, um Ignoranz? Wir sahen und sehen uns nicht herausgefordert, die russische Geschichte oder die Lage in der Ukraine wirklich zu verstehen.

Dieser plötzliche Kollaps des kommunistischen Systems kam auch für den Westen völlig unerwartet. Das Ende der Geschichte wurde sehr plötzlich Mainstreamdenken. Tatsächlich, da war viel Arroganz im Spiel. Heute sehen wir: Auch im Westen stehen die Demokratie und die Ökonomie vor sehr ernstesten Herausforderungen. Es gibt grosse Probleme der Fremdenfeindlichkeit, der Migration, des Terrorismus, der Umweltzerstörung. Das zeugt nicht wirklich davon, dass die westliche Zivilisation die ultimativen Antworten gefunden hat. Europa war beschäftigt mit den eigenen Strukturen, dem Aufbau und der Aus-

dehnung der EU, und verlor ein Stück weit die Aufmerksamkeit für die Außenwelt.

Gerade auch in Zentralasien betreibt Europa bis heute eine egoistische Interessenpolitik – es geht um die eigene Wirtschaft und Sicherheit. Nun ist im Nahen Osten die Herausforderung durch den sogenannten Islamischen Staat da. Hier muss Europa aus seinen Fehlern im Umgang mit der postsowjetischen Situation lernen. Die Drecksarbeit kann aber nicht einfach den USA überlassen werden, es geht um das Engagement für Demokratie, den Respekt für die betroffenen Menschen.

Ende der achtziger Jahre sind doch vom Westen her Chancen für ein gemeinsames Haus Europa verpasst worden. Europa wurde bald wieder ausschliesslich über die EU und die Nato definiert.

Einverstanden. Der Westen beging massive Fehler, handelte kurzsichtig. Man feierte den Sieg über den Kommunismus ab. Und von der Privatisierung profitierten westliche Konzerne massiv. Ich erlebte diese Doppelbödigkeit im Umweltbereich. Man versprach nachhaltige Unterstützung, neunzig Prozent der Gelder flossen aber an westliche Konsumenten und Firmen zurück.

Dazu kamen Elemente des althergebrachten Misstrauens gegenüber Russland. Einige Politiker trauten Gorbatschow nicht. Ähnliches gilt auch gegenüber Putin in den frühen Nullerjahren, als er Anstrengungen unternahm, mit dem Westen eine gemeinsame Sicherheitsarchitektur zu errichten. In gewissen Momenten hatten wir den Eindruck, dass ein neuer eiserner Vorhang errichtet wird. Europa als Festung zu bauen, Muskeln zu zeigen, ist einfach. Die westliche Realpolitik war zu oft nicht auf den eigenen Werten von Menschenrechten, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie aufgebaut, sondern auf Eigeninteressen.

Was sollen wir in Westeuropa heute tun?

Die Situation ist in den letzten zwölf Monaten viel komplizierter geworden, wir befinden uns im Kriegszustand. Die russische Führung lancierte diesen Krieg nicht wirklich gegen die Ukraine, sondern gegen den Westen. Die Schlacht umfasst nicht nur die militärische Kriegsführung, sondern eine Propagandamaschine im In- und Ausland, in die enorme Ressourcen investiert werden. Es geht auch um die Unterminierung internationaler Organisationen, von Menschenrechtsmechanismen in der UNO, im Europarat und in der OSZE. Das macht mir grosse Sorgen. Die Schweiz und andere demokratische Länder müssen diesen Tendenzen widerstehen. Und sie müssen den Draht suchen zur russischen Gesellschaft, zum breiten Publikum. Denn Putin sagt, die Sanktionen und der Westen insgesamt ständen gegen Russland an und für sich. Alle Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, bei Löhnen und Pensionen, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation werden dem Westen zur Last gelegt. Und das funktioniert weitgehend.

Wie können die RussInnen erreicht werden?

Die demokratischen Länder müssen die Botschaft ausstrahlen: Wir sind interessiert an einem prosperierenden, stabilen und demokratischen Russland, eingebettet in die internationale Gemeinschaft. Restriktionen und Sanktionen zielen auf die Verantwortlichen, weil sie internationale Normen und Vereinbarungen brechen. Die Isolation ist selbstgewählt.

Demokratische Staaten sollten der russischen Bevölkerung aber auch mit einer ehrlichen Bereitschaft gegenüber treten, über eigene Fehler und doppelte Standards zu diskutieren. Putin sagt, dass der Westen ja auch völkerrechtswidrig handelte im Kosovo oder den Irak bombardierte. Russland wirft dem Westen faschistische Tendenzen vor.

Das sollte aufgegriffen werden: Die Diskussion über Völkerrecht, über Rechts extremismus, Umgang mit Minderheiten, Migration, Diskriminierung, Polizeigewalt hier und dort.

So wird es für unsere Regierungen komplizierter. Sie müssten auch die ökonomischen Interessen offenlegen.

Europa stellte sich selbst eine Falle mit der Gazprom-Dominanz im Gasmarkt. Die enge Verschränkung mit Russland ist ein Problem. Wenn mich westliche Politiker fragen, was zu tun sei, antworte ich: Investiert in erneuerbare Energie, lasst die Erdöl- und Erdgasbasierte Wirtschaft hinter euch. Das ist der Schlüssel. Wenn das nicht geschieht, wird die Abhängigkeit von Gazprom ersetzt durch eine engere Zusammenarbeit mit den nächsten autokratischen Regimes wie jenem von Alijev in Aserbaidschan oder Berdimuhamedow in Turkmenistan. Auch mit Weissrussland möchte der Westen nun wieder enger zusammenarbeiten, ganz einfach, weil sich das Regime von Putin absetzt. Das ist für uns unakzeptabel, weil der Westen viel zu wenig menschenrechtliche Konzessionen einfordert. Wir kennen die AktivistInnen, die im Gefängnis sind und unter Folter leiden und denen Kinder weggenommen wurden. Es ist kein Schachspiel, es geht um das Leben von Menschen.

Der russische Ölhandel läuft aber über die Schweiz, wie wenn nichts wäre. Oligarchen kommen weiterhin zu uns in die Ferien oder auf Bankbesuch. Unsere Volkswirtschaft spürt die Russland-Krise kaum. Wir verfolgen in der Russland-Politik einfach beides – Sanktionen und Profite.

Einige Länder wie Grossbritannien sind ein wenig weiter gegangen und haben begonnen, die russischen Vermögensanlagen und Investitionen genauer zu untersuchen. Die Londoner City wehrte sich. Das Einstehen für Men-

schenrechte muss weh tun. Auf allen Seiten. Durch die ökonomische und politische Entwicklung verlor die russische Gesellschaft in den letzten Jahren ihre moralischen Kategorien vollständig. Menschen wissen nicht mehr, wo die Wahrheit liegt, viele glauben auch nicht mehr, dass es Wahrheit überhaupt gibt.

Was ist denn im Moment noch möglich?

Einige von uns glauben, dass Bewusstseinsbildungsarbeit die Antwort ist. Das braucht Geduld. Wir benötigen öffentliche Debatten, Menschenrechtsseminare, Workshops für breite Schichten.

Über die Medien können wir heute fast nicht mehr kommunizieren, auch im Internet gibt es sehr viel regierungsgesteuerte Propaganda. Wir müssen unkonventionelle Kommunikationswege suchen, zum Beispiel mit KünstlerInnen. Wir machen spannende Erfahrungen mit dem Dokumentarischen Theater, wenn SchauspielerInnen gesellschaftliche Probleme direkt ansprechen. Auch Musik bietet solche Möglichkeiten.

Eine andere Piste ist die Entwicklung alternativer Informationskanäle, vor allem online. Weil die Regierung sehr viel Mittel hat, benötigt auch Gegeninformation grössere Ressourcen. Wichtig ist der direkte Austausch von jungen Menschen zwischen Russland und Europa. Wir brauchen andere Bilder voneinander.

Hast du eine Vision für Russland – über die simple Vorstellung eines demokratischen, kapitalistischen Landes hinaus?

Im gegenwärtigen Klima ist das schwierig. Manche AktivistInnen sagen derzeit, dass Russland in dieser Form und Grösse schwerlich als zivilisierte und nicht-autokratische, nicht-polizeistaatliche und nicht-fremdenfeindliche Nation existieren kann und in kleinere Einheiten zerfallen wird.

Eine apokalyptische Vision.

Vor zwanzig Jahren hätte ich das auch gesagt. Allerdings sehen wir heute, dass manches aus dem Ruder läuft, im Nordkaukasus zum Beispiel mit seiner Gesetzlosigkeit und fast mittelalterlichen gesellschaftlichen Strukturen, wie sie vor kurzem noch undenkbar waren. Es sind nicht nur Terrorismus und Terrorismusbekämpfung, es ist die Art der Scharia-Gesetze und die hierarchische, männerdominierte Gewaltkultur, die Angst machen.

Kann Russland für eine andere Zukunft aus seiner Geschichte schöpfen?

Es gibt natürlich Errungenschaften aus den Zeiten der Sowjetunion. Russland wurde von einem vorindustriellen, unterentwickelten Land mit viel Analphabetismus und Rückwärtsgewandtheit zu einem industrialisierten Staat. Aber diese Entwicklungen waren mit enormen Kosten und Opfern verbunden, sodass es heute schwierig ist, sie positiv zu sehen.

Natürlich ist der Sieg über den Nationalsozialismus etwas, das wir alle wertschätzen und hochhalten. Damit das als Erbe produktiv bleiben kann, müssen

wir es allerdings ganz anders erinnern, als dies gegenwärtig der Fall ist. Heute, vor allem rund um den 70. Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs, wird pure Propaganda daraus. Man spricht nicht über den Nationalsozialismus und dass wir diese Ideologie der rassistischen Überlegenheit und des Holocausts stoppten: Der Diskurs dreht sich nur um den Sieg des Sowjetvolks über den Feind und Besatzer. Wir trauern nicht mehr um die sinnlosen Opfer. Das ist falsch. Viele RussInnen verstehen auf diese Weise nicht mehr, welche grosse Errungenschaft dieser Sieg – zusammen mit den Alliierten – über das Schlimmste alles Bösen war. Wenn wir dieses Erbe reflektieren und dokumentieren, auch das Leiden und die Opfer, kann es zentral werden für unsere Zukunft.

Ein anderes Vermächtnis, auf das wir bauen können, sind der Sturz des kommunistischen Regimes, die Dissidentenbewegung, der Gulag, der Widerstand. Was in Russland geschah – im Zeichen der Helsinki-Bewegung, ausgelöst durch die KSZE, später die OSZE – trug viel zur weltweiten Menschenrechtsbewegung bei. ●

Yuri Dzhibladze, 1962, ist Präsident des russischen «Zentrums für die Entwicklung der Demokratie und der Menschenrechte» in Moskau. Er setzt sich mit der «Civic Solidarity Platform» im Rahmen der OSZE für Menschenrechtsanliegen ein.

Nachfolgestaaten der Sowjetunion:

1. Armenien
2. Aserbaidzhan
3. Weissrussland
4. Estland
5. Georgien
6. Kasachstan
7. Kirgisistan
8. Lettland
9. Litauen
10. Moldawien
11. Russland («Fortsetzerstaat»)
12. Tadschikistan
13. Turkmenistan
14. Ukraine
15. Usbekistan

Bild: USSR Republics Numbered Alphabetically.png

